

Vorlage Federführende Dienststelle: Fachbereich Umwelt Beteiligte Dienststelle/n:	Vorlage-Nr: FB 36/0417/WP17 Status: öffentlich AZ: Datum: 13.11.2019 Verfasser: 36/100						
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 05.11.2019 (öffentlicher Teil)							
Beratungsfolge: <table border="1"> <thead> <tr> <th data-bbox="181 674 379 701">Datum</th> <th data-bbox="387 674 954 701">Gremium</th> <th data-bbox="962 674 1382 701">Zuständigkeit</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="181 712 379 739">10.12.2019</td> <td data-bbox="387 712 954 739">Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz</td> <td data-bbox="962 712 1382 739">Entscheidung</td> </tr> </tbody> </table>		Datum	Gremium	Zuständigkeit	10.12.2019	Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz	Entscheidung
Datum	Gremium	Zuständigkeit					
10.12.2019	Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz	Entscheidung					

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz genehmigt die Niederschrift über die Sitzung vom 05.11.2019 (öffentlicher Teil).

Anlage/n:

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 05.11.2019
(öffentlicher Teil)

N i e d e r s c h r i f t
**öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt und
Klimaschutz**

25. November 2019

Sitzungstermin:	Dienstag, 05.11.2019
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:26 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal im Fachbereich Umwelt, Reumontstraße 3

Anwesende:

Ratsfrau Ulla Griepentrog

Ratsherr Ferdinand Corsten

Ratsherr Ralf Demmer

Ratsfrau Elke Eschweiler

als Vertreterin für Ratsfrau Lürken

Ratsherr Alexander Gilson

Ratsfrau Nathalie Koentges

als Vertreterin für Ratsfrau Kehren

Ratsherr Kaj Neumann

Ratsherr Jürgen Schmitz

Ratsfrau Dr. Heike Wolf

AUK/44/WP.17

Ausdruck vom: 25.11.2019

Seite: 1/16

Herr Dr. Nils Brodowski

Herr Georg Grooten

Herr Veith Helmig

Herr Tim Hildmann

Herr Arno Lennartz

Herr Jöran Stettner

Herr Dirk Szagunn

Frau Rosemarie Seidenberg

Herr Jochen Schumacher

als Vertreter für Herrn Formen

Herr Eshetu Wondafrash

Abwesende:

Ratsfrau Iris Lürken

- entschuldigt -

Ratsfrau Fabia Kehren

- entschuldigt -

Herr Prof. Dr. Hans-Jürgen Müggenborg

- entschuldigt -

Herr Marco Terporten

- entschuldigt -

Herr Dieter Formen

- entschuldigt -

Ratsfrau Mara Lux

- entschuldigt -

von der Verwaltung:

Herr Dr. Markus Kremer (Dez.V)

Herr Elmar Wiezorek (FB 36)

Herr Klaus Meiners (FB 36)

Herr Bernd Geßmann (FB 37)

Herr Harald Beckers (FB 13)

Herr Dr. med. Stefan Beckers (FB 37)

als Schriftführer:

Herr Horst Pütz (FB 36)

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 10.09.2019 (öffentlicher Teil)**
Vorlage: FB 36/0401/WP17

- 3 **Interimswache Südwest**

- 4 **Baumaßnahmen für den Bereich der Feuerwehr Aachen (Brandschutz, Abwehr von Großschadensereignissen und Rettungsdienst; Berufsfeuerwehr und Freiwillige Feuerwehr)**
Vorlage: FB 37/0057/WP17

- 5 **Einführung "Emergency Eye"**
Ratsantrag der Ratsfrau Mara Lux, AfD, vom 13.05.2019
Vorlage: FB 37/0058/WP17

- 6 **Luftreinhalteplan Aachen**
Berücksichtigung der Grenzwerte der Weltgesundheitsorganisation (WHO) bezüglich der Feinstaubkonzentrationen in Aachen
Ratsantrag Nr. 486/17 des Rats Herrn Allemand, UWG, vom 02.05.2019
Vorlage: FB 36/0409/WP17

- 7 **Luftreinhalteplan Aachen**
Dritte Fortschreibung, Sofortmaßnahmen & Bericht zum Stand weiterer Maßnahmen
Ratsantrag der GRÜNE Fraktion vom 14.08.2019
Ratsantrag von CDU und SPD vom 21.08.2019

Ratsbeschluss vom 18.09.2019

Vorlage: FB 36/0404/WP17

- 8 **Masterplan 2030 -- 10.000 neue Bäume in Aachen pflanzen**
Antrag zur Tagesordnung der Fraktion GRÜNE vom 08.08.2019
Vorlage: FB 36/0411/WP17

- 9 **22. Nachtrag der Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Aachen**

- 10 **19. Nachtrag zur Satzung über die Entleerung von Kläreinrichtungen**
Vorlage: B 03/0150/WP17

- 11 **Mitteilungen der Verwaltung**

Nichtöffentlicher Teil

- 1 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 10.09.2019 (nicht-öffentlicher Teil):**
Vorlage: FB 36/0402/WP17

- 2 **Gründung eines gemeinsam getragenen Aachener Instituts für Rettungsmedizin und zivile Sicherheit (ARS)**
Vorlage: FB 37/0056/WP17

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Um 17.00 Uhr eröffnet die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Griepentrog (GRÜNE) die öffentliche Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Die Tagesordnungspunkte Nr. 9 und 10 werden auf Wunsch der Verwaltung auf die nächste Ausschusssitzung im Dezember vertagt. Die Ausschussvorsitzende erklärt, dass sie einen neuen Tagesordnungsantrag vorstellen werde.

Die vorgeschlagene Tagesordnung wird ohne weitere Änderungen durch das Gremium einstimmig angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Tagesordnung einstimmig angenommen.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 10.09.2019 (öffentlicher Teil)

Vorlage: FB 36/0401/WP17

Es erfolgen keine Hinweise bzw. Änderungswünsche zu der vorgelegten Niederschrift.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz genehmigt die Niederschrift über die Sitzung vom 10.09.2019 (öffentlicher Teil).

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich angenommen bei drei Enthaltungen.

zu 3 Interimswache Südwest

Herr Dr. Kremer (Dez. V) hofft, dass in der anstehenden Ratssitzung ein positiver Beschluss bezüglich der Standortprüfung zur Feuer- und Rettungswache „Siegel“ herbeigeführt werde. Da der Bau einer neuen Feuerwache zeitaufwendig sei, man sich jedoch stets im Rahmen rechtlicher Belange (u.a. des Brandschutzbedarfsplanes) bewegen müsse, sei die Überlegung bezüglich einer Interimswache Südwest im Raum. Die Stadt Aachen sei diesbezüglich bereits im aktiven Dialog mit der Bezirksregierung Köln.

Herr Geßmann (FB 37) berichtet mündlich zu diesem Thema.

Am 16. Mai 2018 sei der Brandschutzbedarfsplan, am 19. Juni 2019 der Rettungsdienstbedarfsplan jeweils einstimmig im Rat der Stadt Aachen beschlossen worden. Beide Bedarfspläne wären zuvor auch in diesem Ausschuss politisch beraten worden.

Diese Bedarfspläne würden sich mit der Kernfrage befassen, wieviel „Brandschutz“ bzw. wieviel „Rettungsdienst“ die Stadt Aachen benötige?

Diese zwei Fragen seien deswegen nötig, da für beide Bereiche jeweils unterschiedliche gesetzliche Grundlagen das Vorgehen definierten:

- § 3 Brandschutz, Hilfeleistungs- und Katastrophenschutzgesetz NRW
- § 12 Rettungsgesetz NRW

Gleichlautend würden die Träger verpflichtet, diese Pläne „aufzustellen, umzusetzen und alle 5 Jahre fortzuschreiben“.

Zur Einhaltung und Kontrolle der Umsetzung sei die Bezirksregierung Köln als Aufsichtsbehörde zuständig. Diese hätte nach Beschluss des Rates der Stadt Aachen die jeweiligen Pläne bereits erhalten.

Im Bereich Brandschutz sei eine Unterdeckung im süd-westlichen Bereich des Stadtgebietes festgestellt worden. Derzeit sei die Feuerwehr nicht in der Lage, die entsprechenden Einsatzarten in der vorgegebenen Zeit und der vorgegebenen Mannschaftsstärke zu erreichen und damit zeitlich adäquat abzuarbeiten.

Im Bereich des Rettungsdienstes herrsche eine quantitative Unterdeckung. Von der bestehenden Wache West an der Vaalser Straße könnten zwar alle Bereiche in der vorgegebenen Zeit erreicht werden – durch die ständig steigenden Einsatzzahlen sei jedoch eine sogenannte „Zusetzung von Rettungsmitteln“ (auch) in diesem Bereich erforderlich – jedoch bestehe auf der Wache West ein räumliches Problem, welches eine Zusetzung verhindere.

Die notärztliche Versorgung für das Stadtgebiet erfolge derzeit durch zwei auf der Hauptfeuerwache Stolberger Str. stationierte Notarzteinsatzfahrzeuge. Die Verlegung eines dieser Einsatzmittel in den Aachener Süd-Westen wäre mit Vorteilen für die Bevölkerung im Süden und Westen verbunden.

Hinsichtlich der Umsetzung insbesondere der baulich erforderlichen Maßnahmen aus den Bedarfsplänen hätten die Aufsichtsbehörden Kenntnis über die üblichen zeitlichen Vorläufe die mit den Realisierungen verbunden seien.

AUK/44/WP.17

Ausdruck vom: 25.11.2019

Seite: 6/16

In der kommenden Sitzung, am 06.11.2019 werde der Rat voraussichtlich einen Beschluss zur Standortprüfung der 4. Feuer- und Rettungswache fassen. Diese Vorlage sei im September auch in diesem Ausschuss behandelt worden. Der Standortbeschluss werde alsdann der Bezirksregierung mitgeteilt.

Die Aufsichtsbehörde erwarte dann, dass notwendige Umsetzungen bis zur Errichtung ohne „schuldhaftes Verzögerung“ seitens der Träger des Rettungsdienstes bzw. des Brandschutzes erfolgen würden – in beiden Fällen sei dies die Stadt Aachen.

Abhängig vom weiteren zeitlichen Verlauf müssten dann parallel zur Errichtung der vierten Feuer- und Rettungswache konkrete Maßnahmen zur kurzfristigen Realisierung einer Interimswache in diesem Bereich in Angriff genommen werden. Eine solche Interimswache könnte nach bisherigen Planungen im Bereich „Eismännchen“ und Gemeindeforstamt entstehen.

Dieses Bauwerk wäre dann vergleichbar mit der 2016/2017 im Bereich Hüls geschaffenen Ausweichlösung anlässlich der damaligen Sanierung der Hauptfeuerwache.

In einer solchen Interimswache würden mindestens zwei Rettungswagen, ein Notarzteinsetzfahrzeug und ein „Aachener Basislöschzug“ bestehend aus einem Hilfeleistungslöschfahrzeug und einem Hubrettungsfahrzeug stationiert. Dafür wären dann auch Sozial- und Aufenthaltsräume für etwa 17 Mitarbeitende nötig, da in dieser Wache u.a. auch Auszubildende ihren Dienst versehen sollen. Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz werde über die weiteren, eventuell erforderlich werdenden Schritte in Kenntnis gesetzt und ggfs. politisch-erforderliche Aufträge würden eingeholt.

Herr Hildmann (LINKE) fragt nach den genauen, zeitlichen Plänen und wann eine Interimswache relevant werde.

Herr Geßmann (FB 37) antwortet hierzu, es gebe keinen festen Zeitpunkt. Wie bereits erwähnt sei man aber mit der Bezirksregierung im Dialog und würde gemeinsam entscheiden, ob und wann eine Interimswache sinnvoll werde. Aktuell würden bereits neue Mitarbeitende ausgebildet, auch um die zukünftigen Aufgaben wahrzunehmen. Aus diesem Grunde würden in diesem Jahr erstmals zwei Grundausbildungslehrgänge für Brandmeisteranwärterinnen und Brandmeisteranwärter durchgeführt.

Ratsherr Corsten (CDU) ist der Meinung, man solle aus Kostengründen eine Interimswache möglichst vermeiden. Die aktuelle Situation sollte für die Verwaltung, die Politik und alle Fraktionen ein Ansporn sein, die Feuerwache schnell und reibungslos umzusetzen.

Ratsfrau Griepentrog (GRÜNE) dankt Herrn Geßmann für den Vortrag.

zu 4 Baumaßnahmen für den Bereich der Feuerwehr Aachen (Brandschutz, Abwehr von Großschadensereignissen und Rettungsdienst; Berufsfeuerwehr und Freiwillige Feuerwehr)

Vorlage: FB 37/0057/WP17

Herr Dr. Kremer (Dez. V) erläutert kurz die Auflistung aus der Vorlage. Er erklärt, es seien Hinweise auf anstehende Planwerke und Investitionen aufgezeigt, die im Wesentlichen aus dem vom Rat beschlossenen Brandschutzbedarfsplan und Rettungsdienstbedarfsplan resultieren. Weiter erklärt er, dass die aufgeführten Zahlen nicht immer kongruent zu den aktuellen Haushaltsplanungen seien. Dies läge daran, dass im laufenden Prozess stets neue Erkenntnisstände auftreten würden.

Ratsherr Gilson (CDU) dankt der Verwaltung für die Auflistung und die Vorlage. Er sehe es als wichtig an, die 22 Punkte einmal gesammelt aufgelistet zu sehen. Es sei weiterhin eine gute Kostenübersicht für die nächsten Jahre, um fundiert entscheiden zu können und die nötigen Maßnahmen entsprechend abarbeiten zu können.

Herr Szagunn (Piraten) fragt nach, wie sich die in der Vorlage erwähnten „40 % Risiko“ zusammensetzten würden.

Herr Schavan (E 26) erklärt, dass es sich hierbei um eine sogenannte „Kostenvarianz“ handeln würde. Es seien kalkulatorische Unschärfen aufgrund der unterschiedlichen Planungstiefen. Im laufenden Prozess käme man zu neuen Erkenntnissen, die wiederum zu neuen Kostenermittlungen führen würden. Entwurfsplanungen müssten einen prozentualen Spielraum haben, um mögliche Unschärfen vom Beginn der Planung her zu kompensieren. Mit der Zeit käme stets eine höhere Kostensicherheit in Planungsprozesse. Je länger ein Prozess dauern würde, umso genauer würden die Kostenaussagen.

Ratsfrau Griepentrog (Grüne) stellt fest, dass in der Vorlage bei den Kosten auch noch nicht die Grundstückspreise inkludiert seien.

Herr Schavan (E 26) bestätigt dies. Es sei sehr schwer, im Stadtgebiet Aachen ein passendes Grundstück zu bekommen. Weiterhin habe man hohe Ansprüche an das nötige Grundstück.

Herr Szagunn (Piraten) stellt fest, dass die Liste sehr umfangreich sei. Grundsätzlich begrüße er dies, jedoch würde es auch aufzeigen, dass seitens der Politik sowie der Verwaltung in den letzten Jahrzehnten insgesamt zu wenige Maßnahmen umgesetzt worden seien.

Herr Stettner (Grüne) dankt der Verwaltung für die Auflistung. Es sei ein gutes Instrument für weitere Gespräche. Er hätte sich in der Auflistung jedoch eine stärkere Priorisierung gewünscht. Entsprechende Punkte seien aus den Bedarfsplänen zu erkennen.

Herr Dr. Brodowski (FDP) dankt der Verwaltung für die Vorlagen. Er erkenne einen hohen Kostenumfang bis ins Jahr 2025. Ferner stellte er fest, dass viele Feuerwachen in Aachen (besonders die der Freiwilligen Feuerwehren) Modernisierungsmaßnahmen dringend nötig hätten.

Ratsherr Corsten (CDU) dankt der Verwaltung für diese gute Auflistung. Er mache sich Sorgen bezüglich der hohen Kosten und hätte sich Schätzpreise gewünscht. Er wehrt sich gegen den Vorwurf, dass die Politik in den letzten Jahrzehnten zu wenig getan hätte. Ständig neue Anforderungen führten jeweils zu neuen politischen Handlungsbedarfen.

Die Liste müsse durch Fachleute priorisiert werden. Er stimme der FDP zu, dass diverse Wachen überholungswürdig seien. Der aufgestellte Plan sei hierzu eine gute Orientierungshilfe.

Ratsfrau Dr. Wolf (SPD) stellt ebenfalls fest, dass die veranschlagten Kosten sehr hoch seien, aber auf jeden Fall notwendig. Weitere Anpassungen der Liste sollten jedoch überlegt werden. Sie dankt der Verwaltung für die Vorlage.

Herr Szagunn (Piraten) untermauert seine Aussage und führt als Beispiel das Gerätehaus in Aachen-Walheim an. Er frage sich, warum erst jetzt dort etwas gemacht werde. Weiterhin ist er der Meinung, dass man in Aachen keine Wachen auf „Vorrat“ bauen dürfe.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt die Ausführungen der Verwaltung zu den Bauvorhaben der Feuerwehr in der Stadt Aachen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zur Kenntnis genommen.

zu 5 Einführung "Emergency Eye"

Ratsantrag der Ratsfrau Mara Lux, AfD, vom 13.05.2019

Vorlage: FB 37/0058/WP17

Es erfolgen keine Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Ratsantrag Einführung „Emergency Eye“ gilt damit als behandelt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zur Kenntnis genommen.

zu 6 Luftreinhalteplan Aachen

Berücksichtigung der Grenzwerte der Weltgesundheitsorganisation (WHO) bezüglich der Feinstaubkonzentrationen in Aachen

Ratsantrag Nr. 486/17 des Ratsherrn Allemand, UWG, vom 02.05.2019

Vorlage: FB 36/0409/WP17

Herr Stettner (Grüne) dankt der Verwaltung für die Vorlage. Er sehe in den neuen Messwerten eine positive Entwicklung. Die realen Werte sollten mit den Werten der WHO verglichen werden und man solle in der Zukunft die strengeren Werte der WHO als Grundlage nehmen. Seine Fraktion werde dem Antrag zustimmen.

Herr Szagunn (Piraten) sieht es ebenfalls als unproblematisch an, die strengeren Messwerte der WHO zukünftig als Grundlage zu wählen. Er habe Bedenken, wenn Jahresmittelwerte für solche Berechnungen zugrunde gelegt würden.

Herr Hildmann (Linke) sieht die WHO-Werte als sinnvoll an. Jedoch müssten sie nicht in den Luftreinhalteplan aufgenommen werden, da die Stadt Aachen die Werte bereits einhalten würde.

Ratsherr Corsten (CDU) kritisiert, dass der entsprechende Ratsantrag bei der Vorlage fehlen würde. Die Ausschussvorsitzende Griepentrog (Grüne) erinnert die Verwaltung, entsprechende Ratsanträge stets den Vorlagen beizufügen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz der Stadt Aachen nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt, dem Ratsantrag nicht zu folgen. Der Ratsantrag gilt damit als behandelt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei 4 Nein-Stimmen.

zu 7 Luftreinhalteplan Aachen

Dritte Fortschreibung, Sofortmaßnahmen & Bericht zum Stand weiterer Maßnahmen

Ratsantrag der GRÜNE Fraktion vom 14.08.2019

Ratsantrag von CDU und SPD vom 21.08.2019

Ratsbeschluss vom 18.09.2019

Vorlage: FB 36/0404/WP17

Herr Meiners (FB 36) stellt die Sofortmaßnahmen vor, die bisher bereits getroffen seien. Auf dem Adalbertsteinweg wäre ein neuer, schadstoffminderer Asphalt verbaut worden. Der Ratsbeschluss zum Thema „Tempo 30“ wäre bereits teilweise umgesetzt. Beschlüsse des Mobilitätsausschusses zu neuen
AUK/44/WP.17

Ausdruck vom: 25.11.2019

Seite: 10/16

Markierungen auf Adalbertsteinweg (Reduzierung auf eine je PKW-Spur, weitere Busspuren, Fahrradstreifen und eine Umweltspur) seien gefasst worden. Die ASEAG habe 7 neue Elektrobusse angeschafft.

Ratsherr Neumann (Grüne) erinnert, dass es sich bei den umgesetzten Sofortmaßnahmen der Verwaltung lediglich um die Hälfte des Programms handeln würde. Er freue sich auf weitere Maßnahmen. Ratsfrau Griepentrog (Grüne) bittet um Erklärung, wie ein schadstoffmindernder Asphalt funktionieren würde.

Herr Meiners (FD 36) erklärt hierzu, dass bei entsprechender Lichteinstrahlung ein katalytischer Prozess in der mit Titanoxid beaufschlagten Deckschicht entstehen würde. Durch diesen Prozess ließen sich Minderungen der NO₂-Belastungen erzielen. Weiterhin würde als positiver Effekt eine Lärminderung erfolgen. Die Wirksamkeit wäre zuvor im Labor bestätigt worden. Durch den neuen Asphalt würden keine sonstigen Nachteile entstehen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zur Kenntnis genommen.

zu 8 Masterplan 2030 -- 10.000 neue Bäume in Aachen pflanzen

Antrag zur Tagesordnung der Fraktion GRÜNE vom 08.08.2019

Vorlage: FB 36/0411/WP17

Herr Stettner (Grüne) dankt der Verwaltung für die interessante Vorlage. Jedoch sei es für ihn unverständlich, dass unter dem Strich seit 2018 erst 66 neue Bäume im Stadtgebiet gepflanzt worden wären. An vielen Stellen in Aachen würden Bäume fehlen. Dies hätte negative Auswirkungen auf die Luftqualität, den Schattenwurf mit Kühlungseffekt und es sei wichtig, diese Stellen schnellstmöglich wieder zu bepflanzen. Leider würde es an Personal und dem entsprechenden Geld hierzu fehlen. Das Thema müsse aus seiner Sicht mehr priorisiert werden, auch wenn durch mehr Baumfelder einige PKW-Stellplätze wegfallen könnten.

Ratsherr Neumann (Grüne) kritisiert, dass die Kosten für eine Neupflanzung nicht durch die aktuell geltenden Ausgleichszahlungen gedeckt werden. Er schlage daher vor, die Beiträge der Ausgleichszahlungen zu erhöhen. Er frage die Verwaltung, ob es möglich sei die Standortkarte aus der Vorlage interaktiv zu veröffentlichen.

Hierzu antwortet Herr Wiezorek (FB 36), dass eine interaktive Karte technisch möglich sei. Er begrüße die Idee, jedoch müsse die bestehende Datenbank diesbezüglich überarbeitet werden.

Ersatzgeldzahlungen seien nicht frei festsetzbar, sondern wären an geltende Satzungen gebunden. Ferner müsse man die Verhältnismäßigkeit prüfen und die Bürger dürften nicht im Übermaß belastet werden. Die Kosten für die Neupflanzung eines Baumes würden aktuell exorbitant ansteigen. Er stimme seinem Vorredner zu, dass die Bäume in der Stadt sehr wichtig seien und gerade dort müssten sie gepflanzt werden. Eine Bepflanzung (nur) im Forst, um das gesteckte Ziel zu erreichen sei nicht angedacht. Jedoch dürfe die Zahl „10.000“ nicht wörtlich genommen werden, sondern es handelt sich lediglich um ein hochgestecktes, symbolisches Ziel und solle als Motivation dienen.

Ratsherr Corsten (CDU) wünscht, dass vorhandene, leere Baumscheiben in der nächsten Pflanzperiode bepflanzt werden sollten. Es dürfe keine leeren Baumscheiben in Aachen geben. Als negatives Beispiel verweist er auf die Bäume vor dem Verwaltungsgebäude „Marschierter“. Die Bepflanzung der leeren Baumscheiben in der nächsten Pflanzperiode solle aus seiner Sicht mit in den heutigen Beschluss aufgenommen werden. Weiterhin sollen Freiflächen betrachtet werden, ob zusätzliche Pflanzungen möglich seien. Er wäre sich bewusst, dass viele Kriterien berücksichtigt werden müssten, aber er sieht eine absolute Notwendigkeit in der Bepflanzung. Er werfe die Idee auf, Bäume auf privaten Flächen im Rahmen eines „Sponsoring-Modells“ zu pflanzen. Hierzu müssten die Bürger richtig aufgeklärt werden und Geld müsse zur Verfügung gestellt werden.

Ratsfrau Dr. Wolf (SPD) sieht es als problematisch an, 10.000 neue Bäume im Innenstadtgebiet zu pflanzen. Nehme man jedoch das gesamte Stadtgebiet, wäre dies weniger problematisch. Sie betont die Wichtigkeit von Bäumen und wünsche, dass Freiflächen nicht mehr nur mit einem Baum, sondern wenn möglich mit mehreren Bäumen bepflanzt würden.

Herr Stettner (Grüne) findet es schade, dass der Wert „10.000“ nur symbolisch sein soll und nicht wörtlich genommen werde.

Ratsherr Corsten (CDU) erinnert daran, dass zur Stadt Aachen auch die Außenbezirke gehören würden. Auch dort müssten neue Bäume gepflanzt werden.

Die Ausschussvorsitzende Griepentrog (Grüne) formuliert folgenden, geänderten Beschlussvorschlag:

„Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Er beschließt weiterhin, dass Ersatzbäume auf leeren Baumscheiben und Freiflächen im Laufe der nächsten Vegetationsperiode gepflanzt werden müssen und ein interaktives Kataster seitens der Verwaltung schnellstmöglich umgesetzt wird.“

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Er beschließt weiterhin, dass Ersatzbäume auf leeren Baumscheiben und Freiflächen im Laufe der nächsten Vegetationsperiode gepflanzt werden müssen und ein interaktives Kataster seitens der Verwaltung schnellstmöglich umgesetzt wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen.

zu 9 22. Nachtrag der Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Aachen

Die Vorlage wird seitens der Verwaltung zurückgezogen.

zu 10 19. Nachtrag zur Satzung über die Entleerung von Kläreinrichtungen

Vorlage: B 03/0150/WP17

Die Vorlage wird seitens der Verwaltung zurückgezogen.

zu 11 Mitteilungen der Verwaltung

1.)

Ratsfrau Griepentrog (Grüne) informiert den Ausschuss, dass es verschiedene Arbeitskreise gebe, die sich aktuell mit dem Thema „Klimanotstand in Aachen“ intensiv beschäftigen würden. Sie fragt den Ausschuss, ob es gewünscht sei, diese Arbeitskreise für den nächsten Ausschuss einzuladen um ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Projekte und sich selber vorzustellen.

Herr Stettner (Grüne) bekräftigt im Namen seiner Fraktion diese Idee.

Herr Szagunn (Piraten) begrüßt diese Idee ebenfalls. Ihm sei bekannt, dass in diesen Arbeitskreisen mit sehr viel Kompetenz gearbeitet würde.

Ratsherr Corsten (CDU) möchte diese Frage zunächst fraktionsintern klären. Er sagt der Ausschussvorsitzenden eine Rückmeldung bis nächste Woche zu. Sollte als Ergebnis eine Vorstellung der Arbeitskreise hervorgehen bittet er den Ausschuss bereits jetzt, dass es sich hierbei um eine einmalige Sache handeln solle und keine inhaltlichen Diskussionen mit den Vertretern der Arbeitskreise begonnen werden dürfe. Die SPD-Fraktion und die Fraktion Die Linke schließen sich diesem Hinweis an.

2.)

Seitens der Verwaltung wurde zum Thema „Lärmschutz BAB 44“ zu Beginn der Sitzung eine Information an die Ausschussmitglieder verteilt.

3.)

Ratsfrau Dr. Wolf (SPD) fragt die Verwaltung, ob Rinderherpes in Aachen aktuell ein Thema wäre.

Herr Wiezorek (FB 36) antwortet hierzu, dass im Raum Aachen auf Rinderhöfen stellenweise ein Problem mit dieser Krankheit bestünde. Zuständig hierfür wäre jedoch das Veterinäramt der Städteregion Aachen und nicht der Fachbereich Umwelt.

Ratsfrau Griepentrog (Grüne) schließt die öffentliche Sitzung um 18.18 Uhr und stellt die Nichtöffentlichkeit her.